

Wahlkampfthema Rente

Wolfgang Schmidt, Geschäftsführer der ISOR

Wenn Wahlen etwas veränderten, wären sie verboten. Dieser Spruch stimmt zwar insofern, als die eigentlichen Machtverhältnisse tatsächlich nicht zur Wahl stehen. Aber ganz ohne Zustimmung ihrer Wähler können die etablierten Parteien ihre Funktion als Sachwalter der Interessen der großen Konzerne und Banken auch nicht erfüllen.

Die Jahre 2016 und 2017 wurden und werden von insgesamt neun Landtagswahlen und der Bundestagswahl geprägt. Sie unterscheiden sich von vorangegangenen Wahlen vor allem dadurch, dass sich Unzufriedenheit und Protest in einem erheblichen Zulauf von Wählern zur rechtspopulistischen AfD artikulieren und selbst Regierungskoalitionen der beiden größten Parteien um Mehrheiten fürchten müssen. Die AfD hat in der Asylpolitik und beim Schüren von Islamphobie Themen besetzt, die selbst den Anspruch der CSU infrage stellen, den rechten Rand der Gesellschaft allein zu vertreten.

Beim Kampf um Wählerstimmen rücken darum nicht zufällig wieder verstärkt soziale Fragen in den Mittelpunkt. Ein Drittel aller Wähler sind 60 Jahre und älter. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass auch Renten eine zunehmend größere Rolle spielen.

Dabei zeichnen sich zwei große Probleme ab: Das ist einmal die wachsende Sorge, dass die Altersarmut in Zukunft immer größere Teile der Rentner erfasst. 2030 sollen bereits 40 Prozent der Neurentner trotz lebenslanger Arbeit von Altersarmut bedroht sein.

Und das ist zweitens die immer wieder hinausgeschobene Angleichung der Renten Ost an West, d.h. gleiche Rentenwerte für alle Bundesbürger.

Anfang dieses Jahrhunderts wurde ein Paradigmenwechsel in der Rentenpolitik vollzogen. Nicht mehr Lebensstandardsicherung sondern Begrenzung der Beitragssätze wurden zum obersten Ziel erklärt. Um die für die „Arbeitgeber“ niedrig zu halten, wurde mit der Einführung der Riester-Rente auf die private, staatlich geförderte Altersvorsorge gesetzt. Dieses Modell ist gescheitert, weil die vorgesehene Kapitaldeckung in Zeiten der Niedrigzinspolitik fragwürdig und nur von 40 Prozent der „Arbeitnehmer“ in Anspruch genommen wurde. Geringverdiener konnten

es sich nicht leisten, zumal ihnen ihre ange sparte Riesterrente auf die Grundsicherung angerechnet wird. Profitiert haben also die Besserverdiener.

Die staatlichen Zuschüsse fehlen der allgemeinen Rentenversicherung, die durch die Beitragsfreiheit der Riesterrente jährlich 3 Milliarden Euro verliert. Da auch die Versicherungswirtschaft mitverdient, ist diese Rente erheblich teurer als die allgemeine Rentenversicherung und das bei geringeren Leistungen. Analoge Probleme ergeben sich bei der Förderung der Betriebsrenten, von denen etwa nur die Hälfte der Beschäftigten profitiert. Beitragsausfälle und Steuerzuschüsse gehen auch hier zu Lasten der allgemeinen Rentenversicherung.

Vor allem aber wird das Rentenniveau durch die Einführung des sog. Nachhaltigkeitsfaktors systematisch gesenkt. Von ursprünglich 53 Prozent des Arbeitseinkommens auf derzeit ca. 47 Prozent und geplant bis zu 43 Prozent im Jahr 2030.

Benachteiligte sind die heute im Arbeitsprozess Stehenden.

Im Osten Deutschlands werden ihre Renten nochmals gekürzt, wenn bei der Rentenangleichung Ost an West die Höherbewertung der Arbeitseinkommen wegfällt. Eine Lohnangleichung Ost an West ist aber auf lange Zeit nicht in Sicht. Der Abstand der Durchschnittslöhne liegt noch immer zwischen 14 und 16 Prozent. Altersarmut für große Bevölkerungsgruppen, besonders im Osten Deutschlands, ist also programmiert.

Wie ein soziales Rentensystem funktionieren kann, zeigt das Beispiel Österreichs.

Der Beitragssatz liegt bei 22,80 Prozent, wovon die „Dienstnehmer“ 10,25 Prozent, die „Dienstherren“ 12,55 Prozent einzahlen. So etwas gibt es also auch! Zum Vergleich: in Deutschland liegt der Beitragssatz inklusive Riesterrente bei über 23 Prozent. Einzahler sind in Österreich alle Bürger, auch Beamte und Selbstständige. Die Nettoersatzquote (Rente im Verhältnis zum Arbeitseinkommen) liegt für die Männer bei 84,9 Prozent, für die Frauen bei 78,2. Das hängt mit dem Renteneintrittsalter zusammen, das bei Männern 65 Jahre beträgt und bei Frauen erst jetzt langsam von 60 auf 65 Jahre erhöht wird. Das Ren-

tenniveau liegt demnach bei über 80 Prozent. Die Rente wird 14 mal im Jahr gezahlt, je einmal zusätzlich als Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Umgerechnet auf 12 Monate beträgt die Durchschnittsrente bei Männern 1.817 Euro, bei Frauen 1.075 Euro. Bemessungsgrundlage sind die fünf besten Beitragsjahre und die Dauer der Einzahlung. Wer länger als bis 65 Jahre arbeitet, bekommt Zuschläge, wer vor dem 65. Lebensjahr in Rente geht, Abschläge. Etwa 25 Prozent der Ausgaben der Rentenkassen übernimmt der Staat.

Die Mindestrente liegt (umgerechnet auf 12 Monate) bei 1.030 Euro, bei Paaren beträgt sie 1.544 Euro. Sie wird nach 15 Beitragsjahren gezahlt, zu denen z.B. auch Kindererziehungszeiten rechnen, bei einer Berufstätigkeit von mindestens sieben Jahren.

Die Mindestsicherung, also der Sozialhilfesatz, liegt bei 812 Euro.

Private Altersvorsorge oder Betriebsrenten spielen keine größere Rolle. Österreich kennt keinen Mindestlohn, weil mehr als 99 Prozent der Unternehmen sog. Kollektivverträge abgeschlossen haben, eine Art Tarifverträge. In Deutschland sind nur ca. 40 Prozent der „Arbeitnehmer“ in Betrieben mit Tarifbindung tätig, prekäre Arbeitsverhältnisse (Leiharbeit, Befristungen, Minijobs) wurden systematisch ausgeweitet.

Durch die Bundesregierung wurden bisher keine überzeugenden Konzepte zur dringend notwendigen Reformierung des Rentensystems vorgelegt. Die „Lebensleistungsrente“, durch die die Renten von Niedriglöhnnern aufgestockt werden sollen, ist einer Diskussion nicht wert. Betroffen davon wären lediglich ca. 60.000 Personen.

Der DGB wird im August/September 2016 eine auf 12 Monate angelegte Kampagne mit der Zielsetzung „Rentenniveau anheben, gesetzliche Rente stärken“ starten. Selbstverständlicher Ausgangspunkt der Überlegungen des DGB ist, dass gute Löhne letztlich auch zu guten Renten führen.

Mit einer Reformierung des Rentensystems müssen aus der Sicht von ISOR vorrangig folgende Probleme gelöst werden:

Stabilisierung des Rentenniveaus und langfristige Rückführung auf das Niveau von 53 Prozent, Streichung der Kürzungsfaktoren;

Schließung der Riesterrente und Begrenzung staatlicher Zuschüsse für laufende Verträge auf unterdurchschnittliche Einkommen;

Entwicklung der Rentenversicherung zur Versicherung für alle Erwerbstätigen;

Vermeidung von Altersarmut durch Höher bewertung unterdurchschnittlicher Einkommen, z.B. durch Mindestentgeltpunkte;

Angleichung der Rentenwerte Ost an West;

Beseitigung der Rentenungerechtigkeiten bei der Überführung der ostdeutschen Renten in das westdeutsche System, Aufhebung der Strafrenten;

Übernahme rentenfremder Leistungen durch den Staat.

Es verwundert nicht, dass die Arbeitgeberverbände und die ihnen nahestehenden wissenschaftlichen Institute völlig andere Konzepte verfolgen. Sie plädieren für die weitere Absenkung des Rentenniveaus und die erneute Anhebung des Renteneintrittsalters. Jedem, der zur Wahl geht, ist also anzuraten, genau hinzusehen, wie die Parteien die offenkundigen Defizite der Rentenversicherung zu lösen gedenken und wessen Interessen sie dabei bedienen.

(Anmerkung: Zahlen und Fakten wurden überwiegend den Referaten und Materialien des Fachgespräches der Volkssolidarität vom 26.04.2016 in Berlin entnommen, das unter dem Thema stand „Lebensstandard im Alter sichern – Rentenniveau anheben“)

Der BRH-Landesverband Meckl.-Vorpomm. hat seinen Ortsverbänden zum Stand der Rentengleichung 2016 eine Ausarbeitung übergeben, die uns der Autor Wilhelm Bente zum Zweck der Informierung unserer Mitglieder zugestellt hat. Siehe [www.isor-sozialverein.de/reten&wertneutralität](http://www.isor-sozialverein.de/renten&wertneutralität).

Aus der Arbeit des Vorstandes

Manfred Volland stellte dem Vorstand eine Bilanz, ein Jahr nach Veröffentlichung des Aufrufs „Soldaten für den Frieden“ vor. Er betonte, dass diese in der deutschen Militärgeschichte einmalige Wortmeldung von ca. hundert ehemals hohen Militärs der DDR von höchster Aktualität ist. Die Lage habe sich keinesfalls gebessert, NATO-Panzer stehen 150 km vor dem ehem. Leningrad. Noch stärker zu betonen sei das einheitliche Handeln aller bewaffneten Kräfte bei der Umsetzung der Friedensdoktrin der DDR. Die Ausführungen von M. Volland können auf unserer Web-Seite www.isor-sozialverein.de nachgelesen werden. Dort: „Soldaten für den Frieden.“

*

Der Vorstand nahm den Bericht der Revisionskommission für das Finanzjahr 2015 entgegen. Er bestätigte die ordnungsgemäße Verwaltung der Finanzen der ISOR. Dem Schatzmeister, dessen vordäliche Arbeit der Bericht ausdrücklich hervorhob, wurde für das Jahr 2015 Entlastung erteilt.

Der Vorstand dankte Manfred Krumbholz für seine langjährige, gewissenhafte und zuverlässige Arbeit als Vorsitzender der Revisionskommission und würdigte ihn mit einer Ehrenurkunde. Sein Nachfolger in dieser Funktion, Peter Alff, stellte sich dem Vorstand vor. Ihm wurde für seine Bereitschaft zur Übernahme der Funktion gedankt und alle notwendige Unterstützung zugesichert.

*



Am diesjährigen 1. Mai war die TIG Stendal zum 15. Mal mit einem Informationsstand zur Kundgebung des DGB im Stendaler Tiergarten vertreten. ISOR aktuell und Material der GRH fanden Interesse wobei hervorgehoben werden muss, dass einige Interessierte keine Vorstellung vom Rentenstrafrecht haben.

Das Motto: „25 Jahre ISOR“ diente gleichzeitig der Vorbereitung des 16. Altmarktrefens am 10. September 2016. Es beginnt be-

reits um 10.00 Uhr in der Ausflugsgaststätte „Feine Sache“ in Jeggeleben Altmarkkreis Salzwedel.

Da es vielen Mitgliedern aus Altersgründen schwerfällt, selbständig zum Treffen zu fahren, sollten diese rechtzeitig mit ihren Kindern oder Enkeln sprechen. Diese sind, wie auch die Mitglieder befriedeter Organisationen und Verbände, gern gesehene Gäste.

Helmut Stefan

Zwischenruf

Wenn nach der gewaltigen Rentenerhöhung eine Steuer fällig wird, sollte man den Fiskus nicht zu hintergehen versuchen. Eine, zugegeben pauschale, Überschlagsrechnung verdeutlicht bei Vergesslichkeit die furchtbare Konsequenz:

Angenommen, Herr U. H. aus Bayern wird für 30 Millionen vergessene Steuerzahlung zu 3,5 Jahren, also 42 Monaten Haft verdonnert.

Wie im richtigen Leben wird ihm die Hälfte der Strafe erlassen, und er brummt 21 Monate vor sich hin. Vorausgesetzt, es gibt Tarifeinheit für alle Menschen, dann sind es sieben Monate für je 10 Millionen, liebe Rentnerinnen und Rentner. Kurz, ein Tagessatz von fünf Stunden für Zehntausend Piepen bei Wasser und Brot oder einer gleichwertigen Nahrung. Geht noch, nicht wahr? w.k.

Der Geschäftsführer informierte über die Ergebnisse der periodischen Berichterstattung zur Mitgliederbewegung. Mit Stand vom 31.03.2016 hat sich danach die Mitgliederzahl der ISOR auf 16.995 verringert. Ursache hierfür sind vor allem 301 Sterbefälle und 361 Austritte. Damit liegt die Zahl der Austritte erstmalig über der Zahl der Verstorbenen. Das lange Warten auf eine Entscheidung in Karlsruhe hat zweifellos Tendenzen der Resignation verstärkt. Solange diese Entscheidung aber noch nicht gefallen ist, besteht kein Grund zum Aufgeben.

*

In Vorbereitung der Veranstaltung anlässlich des 25. Jahrestages der ISOR bestätigte der Vorstand zu verliehende Auszeichnungen und die Gästeliste.

Aus der Postmappe

Am 08. Mai 2016 trafen sich wieder einige Bürger Halberstadts, darunter mehrere Mitglieder der LINKEN und der ISOR zum Gedenken an den Tag der Befreiung. In diesem Jahr nahm auch eine größere Delegation russischer Bürger, darunter einige Angehörige der ehemaligen Garison an dieser Gedenkveranstaltung am Fuße der Spiegelsberge teil.

>>> Fortsetzung auf Seite 3

Ruth – Werner – Verein

Am 1. Mai eröffnete der Ruth-Werner-Verein nach der Winterpause wieder seine Ausstellung im Scheunenladen in Carwitz über das Leben und das Werk der Kundschafterin und Schriftstellerin Ruth Werner. Die sehenswerte Ausstellung ist Dienstag bis Sonntag von 14 bis 16 Uhr geöffnet.

Andere Termine bzw. Gruppenanmeldungen können mit der stellvertretenden Vorsitzenden Ingrid Becker, Tel. 039831-20505 oder E-mail: Becker_Feldberg@t-online.de, abgesprochen werden.

Der Eintritt ist frei, für Spenden danken wir herzlich. Der Scheunenladen befindet sich in 17258 Feldberger Seenlandschaft, OT Carwitz, Dorfstrasse 33.

Höhepunkte in dieser Saison sind

- 9. Juli Lesung und Gespräche zu „Die 8 rückwärts“
- 13. Aug. Lesung und Gespräche zu „Muhme Mehle“
- 25. Sept. Saisonauklang mit Ruth Werner in Bildern

Wir hoffen wieder auf viele Gäste und freuen uns auf gute Gespräche und Anregungen. Wissenswertes und aktuelle Informationen über den Verein sind auf der Internet-Seite www.ruth-werner-carwitz.de zu finden.

G. Lange

>>> Fortsetzung von Seite 2

Unser MdL Monika Hohmann eröffnete die Veranstaltung. Sie erinnerte daran, dass wir auf die deutsche Vergangenheit zurückschauen müssen, die uns bis heute prägt, an die große Zahl der Opfer des Nationalsozialismus. Nur durch die Zerschlagung des Faschismus durch die Alliierten wurden diese Greuelnaten beendet. Deshalb würdigen wir den 8. Mai als Tag der Befreiung. Wir haben jetzt eine Partei in Deutschland, die Rechtspopulismus wieder hervorhebt. Empörung, Fremdenfeindlichkeit sowie Hass und Abschottung haben sich zu einer Allianz verschworen.

Familie Baldauf beeindruckte mit dem bekannten Antikriegsgedicht: „Meinst Du die Russen wollen Krieg“ von Jewgeni Jewtuschenko in Deutsch und Russisch.

Im Anschluss legten Monika Hohmann für den KV-Harz, Hans-Joachim Nehrkorn und Astrid Meier für den OV sowie Otto Pump für ISOR Blumengebinde nieder.

Dieter Bergt

*

Mit großer Freude habe ich den Beitrag von Liane Kilić in der Maiausgabe des »Rotfuchs« gelesen. Sie berichtet von ihrer Reise mit Gleichgesinnten nach Moskau zum 70. Jahrestag der Niederschlagung des Faschismus und informiert darüber, wie dabei der Gedanke zur Gründung eines Vereins geboren wurde. Das war die Geburtsstunde des Vereins „Friedensbrücke – Kriegsopferhilfe. e. V.“

Da mich die Ereignisse in der Ukraine seit Monaten nicht mehr loslassen, verspürte ich den Wunsch, dem Donbass irgendwie zu helfen. Wir können doch nicht nur zusehen, wie Kinder, Alte, Frauen und Kranke von rechten Bataillonen niedergemetzelt werden.

Lange fand ich keine Möglichkeit, bis ich auf die Homepage des Vereins www.fbko.org stieß. Wer die Möglichkeit hat, sollte selbst im Internet nachschauen. Mich hat besonders das Video fasziniert, wo über eine Festveranstaltung mit Kindern aus Gorlowka berichtet wird und man immer wieder das Logo des Vereins „Friedens-

WIR TRAUERN UM UNSERE VERSTORBENEN MITGLIEDER	
ROLF BUCHNER, Bln.-Köpenick	
INGEBORG FECHNER, Bln.-Fri'felde	
DIETRICH FLACHS, Perlebg./Bernau	
MANFRED HAASKE, Bln.-Pankow	
HELLFRIED HEMPEL, Sassenberg	
WALTER HÖSLER, Gera	
GERHARD HUSUNG, Nordhausen	
PETER JATHO, Erkner	
ERHARD JENKE, Bln.-Treptow	
WERNER KLEIN, Quedlinburg	
HEINZ-GEORG KLIMPEL, Bad Liebenwalde	
MANFRED KRAFT, Bln.-Mitte	
FRITZ LANGE, Quedlinburg	
HORST LORENZ, Magdeburg	
KLAUS MASCH, Leipzig	
OSKAR MOSTETZKY, Leipzig	
BERND ORSCHULOK, Bln.-Treptow	
HARRY OTTO, Bln.-Marzahn	
HELGA PLACHE, Bln.-Fri'felde	
JOACHIM PRAUTZSCH, Aschersl./Staßfurt	
BRIGITTE PRÜFER, Bln.-Hhsn.	
KARIN ROSEL, Großräschen	
CHRISTA ROTH, Bln.-Treptow	
DIETRICH SCHELLER, Rostock	
HORST SCHMUHL, Bln.-Treptow	
WALTRAUT SCHUBERT, Dresden	
FRITZ SCHUHART, Halle	
DIETER VOIGT, Klötze	
FRIDJOFF WEIDAUER, Pdm.-West	
WILLY WINKLER, Halle	
HERRMANN WORMANN, Angermünde	
SIEGFRIED ZENKER, Schwarzheide	
HEINZ ZIOLKOWSKI, Bln.-Li'berg	
EHRE IHREM ANDENKEN	

brücke – Kriegsopferhilfe“ sieht. Ich rufe dazu auf, nach Kräften diesem Verein unter die Arme zu greifen. Das Spendenkonto lautet: Friedensbrücke - Kriegsopferhilfe . Volksbank Berlin, IBAN: DE56 1009 0000 2582793002, Kennwort: Heimat auf Zeit

Neben Spenden benötigt der Verein auch tatkräftige Hilfe. Wer diesen engagierten Vereinsmitgliedern helfen möchte, sollte sich wenden an: Ruhlsdorfer Str. 45 in 16348 Wandlitz, Tel: 0333 97/28753 Ich wünsche der »Friedensbrücke“ weiterhin viel Erfolg.

Dr. Rolf Funda, Staßfurt

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Die Redaktion behält sich sinnwährende Kürzungen vor. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 25.05.2016

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 29.06.2016

Einstellung im Internet: 08.07.2016

Auslieferung: 14.07.2016

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316

Postanschrift: ISOR e.V., Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Tel.: (030)- 29784315 Sekretariat

29784317 AG Finanzen

Fax: (030)- 29784320

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr.: 171 302 0056 BLZ: 100 500 00

IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

BIC BELADEBEXXX

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 15